

Sanktion gegen Landwirt abgelehnt

Streit um Wirtschaftswege und Wiese schaukelt sich in Apelern hoch / Bürgermeister sieht sich angeprangert

VON ANDREA GÖTTLING

APELERN. Zwist um Wirtschaftswege und eine Wiese hat es im Apelerner Rat gegeben. Auch Bürger klinkten sich in den Streit ein. Dieser schaukelte sich über mehrere Tagesordnungspunkte hoch. Bürgermeister Andreas Kölle fühlte sich an den Pranger gestellt. Zunächst ging es um einen Antrag von WGA und Grünen, der die Wiederherstellung von überpflügten, gemeindeeigenen Wirtschaftswegen forderte. Der Verursacher solle die Kosten dafür tragen.

Die Sachlage blieb für die Zuhörer sehr nebulös. Erst im Nachgang und auf Anfrage dieser Zeitung umriss Markus Jacobs die Vorgeschichte: Ein Landwirt habe beantragt, drei Graswege umzubereiten, die von ihm bewirtschaftete Felder trennen. Dafür wollte er am Rand des Areals in gleicher Größe Blühstreifen anlegen.

Bei der Prüfung der Unteren Naturschutzbehörde sei dann aufgefallen, dass zwei der drei

Wege bereits überpflügt worden seien. Es sei vorgeschlagen worden, der Ausgleich solle nicht eins zu eins, sondern als Sanktion etwas größer ausfallen, schilderte Jacobs. Alternativ stand die Wiederherstellung der Wege im Raum.

Zurück zur Sitzung: Bürgermeister Andreas Kölle führte aus, dass im Verwaltungsausschuss lange darüber diskutiert worden sei. Der Antrag sei schließlich abgelehnt worden, stattdessen solle ein Runder Tisch eingerichtet werden. Darüber sei nicht öffentlich beraten worden, weil Namen der Beteiligten genannt wurden. Das Argument verlor aber an Schlagkraft, weil das Antragspapier ohne Schwärzung von Namen im öffentlichen Bürgerinformationssystem gelandet war.

Daniela Kastning (WGA) wollte die Diskussion nicht auf dem nicht öffentlichen Teil beruhen lassen. Es gehe nicht um Namen oder Einzelfälle, sondern um eine Grundsatzentscheidung. „Eigentums-grenzen sind zu respektieren“,

konstatierte sie. Franz-Wilhelm Riechers (WGA) betonte, für ihn habe es „ein Geschmäcke“, dass ab Herbst 2020 so lange nichts passiert sei.

Thorsten Nörenberg (CDU) wies allerdings darauf hin, dass die Verwaltung die Klärung noch nicht abgeschlossen hatte. Kölle ergänzte, dass ein Wegekataster in Kürze erstellt wird – „das ist ein unheimlich aufwendiges Verfahren“. Er merkte ferner an, dem Landwirt sei bislang noch nicht die Möglichkeit gegeben worden, vor dem Rat Stellung zu nehmen.

Der Antrag von WGA und Grünen, dass die Wege bis Jahresende wiederhergestellt werden sollen, wurde letztlich mit vier zu fünf Stimmen abgelehnt. Genau umgedreht fiel das Votum zum Runden Tisch aus – dieser soll nun also mit Landwirten, Rat, Verwaltung, Naturschutzbund

und Unterer Naturschutzbehörde gebildet werden. Elisabeth Rautenberg-Röver (Grüne) bemerkte, dass sich beide Punkte gegenseitig nicht ausgeschlossen hätten. Es sei ohnehin geltendes Recht, auf die Wiederherstellung zu pochen.

In die gleiche Thematik fiel die Diskussion um den Niedersächsischen Weg, die dabei deutlich einmütiger geführt wurde. Kölle erläuterte, dass eine Arbeitsgruppe mit „geballtem Fachwissen“ gegründet werden sollte. Unter der Leitung der Verwaltung sollen

dazu Vertreter aus Rat, Jagdgenossenschaften, Nabu, Landwirte und Heimatverein eingeladen werden. Dies ging einstimmig durch.

Im Rahmen der Anfragen erhob Riechers einen weiteren Kritikpunkt. Weil einem Landwirt ein Flächenstück zur Nutzung überlassen worden sei, gingen der Gemeinde Pachteinnahmen

verloren, umriss er das Problem. „Bezahlst du das jetzt?“, fragte er den Bürgermeister. Dieser reagierte hitzig: „Ihr stellt mich hier jetzt für jeden Scheiß an den Pranger.“

Offenbar handelte es sich um eine nicht verpachtete Wiese, die von einem Landwirt gemäht worden war. Erneut blieben die Erläuterungen dazu äußerst vage. Der zuständige Fachbereichsleiter, Jörg Döpke, entgegnete, dass gleiches Recht für alle gelte – „wenn A Pacht bezahlt, muss B auch Pacht bezahlen“. Die Situation sei dahingehend geklärt worden.

Eine Zuhörerinnen wollte erfahren, wie hoch die Pachtzahlungen denn sind. Dem Wunsch auf Auskunft wurde jedoch nicht entsprochen, solche Informationen seien nicht öffentlich, hieß es. Auch der Aufforderung eines weiteren Zuhörers, diejenigen, die gegen die Wiederherstellung der Wege gestimmt hatten, mögen dafür jeweils drei Argumente ins Feld führen, kamen die betreffenden Politiker nicht nach.

➔ **Der Antrag von WGA und Grünen, dass die Wege bis Jahresende wiederhergestellt werden sollen, wurde letztlich mit vier zu fünf Stimmen abgelehnt.**